



19.4092 Postulat

Rechtliche Ungleichbehandlung von Frauen und Männern im Bundesrecht

Eingereicht von: Caroni Andrea
FDP-Liberale Fraktion
FDP.Die Liberalen



Einreichungsdatum: 19.09.2019
Eingereicht im: Ständerat
Stand der Beratung: Erledigt

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt, in einem Bericht darzulegen, welche Normen des Bundesrechts direkt nach Geschlecht unterscheiden. Dabei soll er auch aufzeigen, inwiefern solche Normen eine Benachteiligung bzw. Besserstellung von Frauen bzw. Männern beinhalten.

Begründung

Die Politik diskutiert in vielfältigem Kontext über reale oder vermeintliche Benachteiligungen des einen oder des anderen Geschlechts. Besonders rechtfertigungswürdig sind direkte rechtliche Ungleichbehandlungen. Entsprechend besteht ein Bedarf nach einer Übersicht dieser Ungleichbehandlungen und ihrer Auswirkungen. Nicht Gegenstand dieser Fragestellung ist die bedeutend komplexere Frage indirekter bzw. tatsächlicher rechtlicher Ungleichheiten.

Der Bundesrat erklärt sich in seiner Antwort auf die Interpellation [19.3548](#) bereit, die vorliegende Frage vertieft abzuklären. Mit diesem Postulat soll er dazu eingeladen werden, seine Erkenntnisse dem Parlament zu unterbreiten.

Stellungnahme des Bundesrates vom 13.11.2019

Das vorliegende Postulat folgt der gleichlautenden Interpellation Caroni [19.3548](#), "Wo behandelt das Bundesrecht Frauen und Männer direkt unterschiedlich?". In seiner Antwort vom 4. September 2019 hat sich der Bundesrat bereit erklärt, die Frage des Interpellanten im Rahmen eines Gutachtens vertieft zu prüfen. Dabei soll insbesondere auch analysiert werden, inwiefern solche Normen eine Benachteiligung oder Besserstellung von Frauen bzw. Männern beinhalten. Die Publikation des Gutachtens ist für 2021 vorgesehen. Der Bundesrat wird gleichzeitig mit der Publikation auch das Parlament über die Resultate seiner Abklärungen in Kenntnis setzen.

Das Anliegen des vorliegenden Postulates wird damit bereits erfüllt.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates.

Antrag des Bundesrates vom 13.11.2019

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulates.

Ratsunterlagen

[10.12.2021 - Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses](#)



Chronologie

- 12.12.2019 Ständerat
Annahme
- 09.06.2022 Ständerat
Abschreibung

Im Zusammenhang mit der Beratung des Geschäfts 22.006.

Zuständigkeiten

Behandelnde Kommissionen

Kommission für Rechtsfragen SR (RK-SR)

Zuständige Behörde

Departement des Innern (EDI)

Weitere Informationen

Erstbehandelnder Rat

Ständerat

Links

Weiterführende Unterlagen

[Amtliches Bulletin](#)

